

# „Weg mit überflüssiger Bürokratie!“

Allein seit 2001 hat Berlin über 110.000 sozialversicherungspflichtige Jobs verloren, 22.000 jedes Jahr. Das sind nicht die Zahlen der CDU, sondern die der IHK. Die Hauptstadt leidet besonders unter einem

ist ein Haupthemmnis für Unternehmen bei neuen Investitionen. Die zaghaften Versuche des rot-roten Senats, die Normenflut zu reduzieren, reichen nicht! Ein ständiger „Bürokratie-TÜV“ sollte durch eine unabhängige Institution durchgeführt werden. Da Entbürokratisierung auch Voraussetzung für die kostengünstige Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch die



Rückgang bei den Investitionen. Im Jahr 2000 sind noch 2,7 Mrd. € nach Berlin gekommen. Im letzten Jahr waren es nur noch 1,8 Mrd. €. Das ist ein Minus von 30 Prozent. Am 17. September geht es deshalb, so CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger, ganz vordringlich darum, die Voraussetzungen für eine wirtschaftsfreundlichere Politik zu schaffen, für eine Politik, die sich um Investoren kümmert und die diese Stadt wieder so regiert, wie sie es verdient, regiert zu werden. Dazu gehörten ganz maßgeblich die Bereiche Mittelstandsförderung und Bürokratieabbau. Pflüger: „Gerade die hohe Kosten verursachende überbordende Bürokratie

Verwaltung ist, wäre es sachgerecht, eine solche Instanz dem Rechnungshof zuzuordnen. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat dazu mehrere Initiativen ergriffen; zuletzt im August 2004 einen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung der



Berliner Verwaltung eingebracht, der von Rot-Rot abgelehnt worden ist. Ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt: Überall, wo die Union regiert, gibt es heute weniger Bürokratie. Hessen beispielsweise hat 15 % der Verordnungen außer Kraft gesetzt und in Niedersachsen sind, seit Christian Wulff Ministerpräsident ist, 65 Gesetze und Verordnungen und 1.666 Verwaltungsvorschriften aufgehoben worden. Man sieht, es geht tatsächlich! Wir werden das, so Friedbert Pflüger auf der 1. Berliner Regionalkonferenz der Berliner CDU am 16. Mai im Rathaus Schöneberg, in einer ganz ähnlichen Art und Weise machen: „Wir werden die Paragrafen an den Pranger stellen! Wir werden die Bürger endlich wieder von bürokratischen Hemmnissen befreien! Wir werden den Unternehmen

Vorfahrt geben! Wir werden ihnen helfen, wenn sie in ihrer Stadt investieren wollen, und ihnen nicht Hindernisse in den Weg legen, die in

Wirklichkeit Hindernisse für Arbeitsplätze in Berlin sind! Und wir werden wieder Investitionen in unsere Stadt holen.“

## Pflüger: 12 Punkte zur Belebung der Berliner Wirtschaft

- 1. Schwarzarbeit entschieden bekämpfen**  
Die Schwarzarbeit muß entschiedener bekämpft werden. Deshalb unterstützt die CDU die Einführung einer Chipkarte, wie sie auch die Fachgemeinschaft BAU fordert. Dass 22% des Berliner BIP durch Schwarzarbeit erwirtschaftet werden, kann nicht akzeptiert werden.
- 2. Einführung eines Kombilohns**  
Durch Kombilohnmodelle wie das Magdeburger Modell müssen Langzeitarbeitslose wieder in sozialversicherungspflichtige Arbeit gebracht werden.
- 3. Stärkung des Mittelstands**  
Die Zukunft Berlins liegt in der Stärke seiner mittelständischen Unternehmen, die sich mit Engagement, Flexibilität und innovativen Ideen am Markt mit Produkten von Welt-rang durchsetzen.
- 4. Abbau von unsinnigen Investitionshemmnissen und Bürokratie**  
Unnötige Verwaltungsvorschriften, die die Wirtschaft behindern, müssen abgeschafft werden. Investoren muss es wieder einfach gemacht werden, nach Berlin zu kommen. Ein kleines Beispiel dafür wäre die Einrichtung eines sog. „Ausländerschalters“, der es ausländischen Unternehmen erlaubt, sich ohne unnötigen bürokratischen Aufwand anzumelden.
- 5. Clusterbildung**  
Berlin muss sich auf seine Stärken konzentrieren und durch eine sogenannte Clusterbildung z.B. in den Bereichen Life Science, Gesundheit, Pharma und Biotechnologie diese Stärken zusammenführen und Synergien ausnutzen.
- 6. Stärkung von Bildung und Forschung**  
Nur eine hervorragende Ausbildung unserer Schüler und

Die „Thermometer-Siedlung“ in Lichterfelde-Süd/Ost hat sich zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt.

Ein hoher Ausländeranteil, überdurchschnittliche Kriminalität und schlechte Ausbildungs- und Berufschancen kennzeichnen diesen Kiez.

- Studenten wird es uns auch in Zukunft ermöglichen, Investoren anzuziehen und Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen.
- 7. Verbesserung der Zusammenarbeit von Universitäten und Wirtschaft**  
An Berliner Forschungseinrichtungen entwickelte Ideen müssen schneller und leichter in Produkte umgesetzt werden.
- 8. Sicherheit fördern**  
Berlin ist Tourismusstadt. Dafür sind sichere Straßen in allen Bezirken und zu jeder Uhrzeit ein entscheidender Wirtschaftsfaktor.
- 9. Offenhaltung des Flughafens Tempelhofs**  
Der City-Airport Tempelhof muss für Geschäftsreisende und Kleinflugzeuge offen gehalten werden, damit sie einen schnellen und unkomplizierten Zugang zur Stadt bekommen.
- 10. Förderung von öffentlichen Investitionen**  
Eine öffentliche Investitionsrate von 9% ist zu niedrig und muss durch den verstärkten Ausbau von Public Private Partnerships (PPP) angehoben werden.
- 11. „Hauptstadt-Pakt“**  
Berlin muss durch den Hauptstadt-Pakt seine Verschuldung in den Griff kriegen und sogar zurückführen, damit wir auch in Zukunft handlungsfähig bleiben.
- 12. Wirtschaftspolitik ist Chefsache**  
Der rot-rote Senat hat viele Investoren durch seine wirtschaftsfeindliche Politik abgeschreckt. Wirtschaftspolitik muss in Berlin wieder Chefsache werden. Berlin muss wieder intensiver um Investitionen werben.

# CDU schiebt Sozialprojekt in Steglitz-Zehlendorf an

Die Lage dort hat sich in den letzten Jahren zugespitzt: Ursache dafür sind vor allem der nicht bewältigte Kulturbruch in vielen Migrantenfamilien und der größere Bedarf an Freizeitangebote, die von den Jugendlichen akzeptiert werden. Oft werden von den betreffenden Jugendlichen Freizeitangebote nicht angenommen, weil sie nicht speziell genug auf diese Zielgruppe zugeschnitten sind. Gesellschaftliche Werte und Normen werden unzureichend oder gar nicht vermittelt, Grenzen und Regeln des Zusammenlebens nicht aufgezeigt. Und es fehlen gleichzeitig professionelle Angebote von Alternativen. Die Thermometer-Siedlung ist durchaus vergleichbar mit anderen Berliner Problemkiezen, wie z. B. Neukölln-Nord. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann hat deshalb ein Sozialprojekt zur Gewaltprävention und Konfliktlösung initiiert. Dies ge-

schiebt in Zusammenarbeit mit dem Anti-Gewalt-Zentrum Berlin-Brandenburg und dem evangelischen Ge-

Praktikums- oder sogar Ausbildungsplätze bei örtlich ansässigen Unternehmen für diese Jugendlichen gefun-



Friedbert Pflüger, Karl-Georg Wellmann (hinten Mitte) und Abgeordnetenhaus-Kandidatin Cornelia Seibold (2. v. l.) vor Ort.

meindezentrum. Im Rahmen des Pilotprojektes werden ausgewählte Jugendliche zu Anti-Gewalt-Trainern ausgebildet. Dadurch soll dieser soziale Brennpunkt befriedet werden. In einer weiteren Phase sollen unter Mitwirkung der CDU-Mittelstandsvereinigung

den werden. Dadurch wird ihnen ein Anreiz zu einer eigenständigen Zukunftsgestaltung gegeben. Die CDU konnte Sozialpädagogen der örtlich vorhandenen Jugend- und Sozialeinrichtungen zur Mitarbeit gewinnen. Wellmann: „Andere reden nur, wir tun etwas.“

## Pflüger sprach mit Erdogan

Friedbert Pflüger sprach am Rande des Türkisch-Deutschen Wirtschaftskongresses in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan. Es war

nicht das erste Treffen Pflüger - Erdogan. Bereits vor zwei Jahren kamen beide zu einem Meinungsaustausch zusammen als Pflüger im Auftrag Angela Merkels in seiner damaligen Funktion als außenpolitischer

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Ankara reiste. Zentrales Anliegen Pflügers im Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten waren neue Ansätze in der Integrationspolitik.

## «Die Partei steht geschlossen hinter ihm»

Die Presse nimmt Friedbert Pflügers Einsatz für mehr Wachstum und Arbeitsplätze wohlwollend auf:

Parteibasis stärkt Pflüger den Rücken

Der Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Abgeordnetenhauswahl, Friedbert Pflüger, hat sich am Dienstag Abend erstmals der Parteibasis gestellt. Anlass war die erste Regionalkonferenz der Union zum neuen Wahlprogramm. Eines konnte der CDU-Spitzen-

zenmann von diesem Abend in die heiße Phase des Wahlkampfes mitnehmen: Die Partei steht geschlossen hinter ihm. Er stellte ein Zwölf-Punkte-Programm vor, mit dem mehr Arbeitsplätze gewonnen werden sollen. Konkret: Förderung des Mittelstands, mehr öffentliche Investitionen, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Schwerpunktbil-



Pflüger will Wirtschaft mit Bürokratieabbau fördern

Mittelstandsförderung, Bürokratieabbau, Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Industrie, die Länderfusion, Bekämpfung der Schwarzarbeit. Vor allem aber will Pflüger um Investoren „viel aggressiver“ werben als es die Vertreter des Senats seiner Meinung nach tun.

Der Tagesspiegel 17.05.2006

Vom „Jugendprojekt in der Thermometersiedlung“ über die Meditationsausbildung des Projektes „Great Escape“ bis in die kleinsten Verästelungen der Ortsvereine ist er sich für keinen Termin zu schade. „Der arbeitet wie ein Kümmeltürke“, sagt der Berliner Konzertveranstalter Peter Schwenkow.

Die Welt 08.05.2006

Berliner Morgenpost 18.05.2006

## Ooops - er hat ´s schon wieder getan

„Eine Veranstaltung wie das Folsom Europe passt zu Berlin“, schreibt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), in seinem diesjährigen Grußwort zu eben jener Veranstaltung, die bereits im letzten Jahr soviel Aufmerksamkeit auf sich zog. Warum? Weil viele darüber streiten, wie viel sexuelle Selbstdarstellung in Leder und Latex, in Ketten und Fesseln oder als Sklave und Meister in die Öffentlichkeit gehört. Im Vergleich zum Leder- und Fetisch-Fest darf die Diskussion darüber aber bitte nicht



ganz so öffentlich sein. Die Stigmata heißen dann sofort „Spießigkeit“ und „Intoleranz“. Aber überschreit ein solches Verhalten unter dem Deckmantel der Toleranz nicht selbst schon

die Grenze zur Intoleranz? All denjenigen gegenüber, die Sexualität vornehmlich mit Liebe, Geborgensein und Privatsphäre verbinden? Doch all dies lenkt ab. Es geht nicht darum, was Erwachsene für sich als sexuell erregend finden oder nicht. Es geht vielmehr darum, wie ein Landesvater sein Land präsentiert und positioniert. „Was passt zu Berlin?“ Im Vergleich zum

jetzigen Amtsinhaber, ein Regierender Bürgermeister, der bei der bundesweiten Diskussion über den Werteverfall an Berliner Schulen, über prügelnde Jugendliche, Einsicht zeigt. Einsicht darin, dass öffentliche Sado-Maso- und Gewaltdarstellungen, nicht durch ein Grußwort in einen Rang erhoben werden, in dem eben auch sie zu Berlin „passend“ erscheinen. Und vor allem einer, der nichts unversucht

lässt, Investoren und damit Arbeitsplätze nach Berlin zu bekommen.

